



Pascal Dietrich

Gerichtssekretär Straf- und Zwangsmassnahmen am Regionalgericht Emmental-Oberaargau

Präsident der Sektion Justizpersonal.



Barbara Sollberger

Gerichtssekretärin Straf-/Zivilbereich am Regionalgericht Emmental-Oberaargau

Sekretärin der Sektion Justizpersonal.



Agnesa Abazi

Gerichtssekretärin in der Zivilabteilung des Regionalgerichts Bern-Mittelland

Kassierin der Sektion Justizpersonal.

Justizpersonal

An der Abgeordnetenversammlung vom 24. Juni 2015 wurde die Sektion Justizpersonal in den BSPV aufgenommen. Die neue Sektion hat bereits über 20 Mitglieder und wird stark wachsen. Die drei Mitglieder des Vorstandes geben Auskunft zu ihrer Motivation.

Das Justizpersonal hat mit dem Verband der Richterinnen und Staatsanwälte sowie den GerichtsschreiberInnen bereits zwei BSPV-Sektionen. Weshalb braucht es eine dritte?

Pascal Dietrich (P. D.): Beide bestehenden Sektionen sind ausschliesslich für Juristinnen und Juristen bestimmt. Zahlreiche Angestellte können deshalb dort nicht Mitglied werden. Unsere neue Sektion steht für das Gros der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz, die nicht den oben genannten Berufsgruppen angehören. Als Sektion können wir uns organisieren und unsere Anliegen auf politischer Ebene angehen. Wir haben Interessen und Anliegen, gerade seit der Justizreform aus dem Jahr 2011. Deshalb ist es jetzt wichtig, dass auch wir uns als Berufsgruppe in einer Sektion zusammenfinden, damit unsere Interessen gehört und vertreten werden können.

Barbara Sollberger (B. S.): Für mich ist nicht absehbar, was auf die Mitarbeitenden mittleren Alters und die jüngeren Ange-

stellten des Kantons künftig alles zukommt. Wie sieht es mit den Renten aus, wie mit den Anstellungsbedingungen insgesamt, wie entwickeln sich die Löhne? Selber bin ich in spätestens vier Jahren pensioniert, es könnte mir ja egal sein – ist es aber nicht! Ich hoffe sehr, dass viele junge Mitarbeitende der Justiz unserer neu gegründeten Sektion beitreten werden. Das Engagement lohnt sich und schon alleine die Tatsache, dass die Sektion nun besteht, wird nicht unbemerkt bleiben.

Agnesa Abazi (A. A.): Es wurde Zeit, dass sich der grosse Teil «der Übrigen» zusammenschliesst. Die Anliegen können nun über uns an den BSPV weitergeleitet werden. Ich denke, es gibt überall Verbesserungspotential – deswegen ist die Gründung schon mal ein grosser Schritt.

Welches sind die konkreten personalpolitischen Themen, die das nicht-juristische Personal besonders betreffen?

P. D.: Wir haben allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justiz, welche nicht

Richter, Staatsanwalt oder Gerichtsschreiber sind, einen Fragebogen zugeschickt. Wir werden die Fragebogen auswerten und dann die Anliegen und Interessen der Angestellten als Sektion vertreten. Ich nehme an, dass die aktuelle Lohnstruktur prioritär angegangen werden muss. Weitere wichtige Themen könnten die zunehmende Bedeutung der Teilzeitarbeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein. B. S.: Hier in Burgdorf in der Neumatt würde sich beispielsweise bereits eine eigene KITA lohnen. Ich bin überzeugt, der Kanton würde Hand bieten punkto Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten. Anderswo gibt es längst betriebseigene Kitas. Dies ist nur ein Beispiel, Anliegen der Mitglieder werden wir anpacken!

A. A.: Konkret haben wir noch nichts in Angriff genommen – dafür brauchen wir das Feedback des Personals. Aber selbstverständlich ist der Lohn sicherlich auch ein Thema – eines von Vielen. Es wird sich mit der Zeit konkretisieren.

Mit der Justizreform hat sich sehr viel verändert. Welches sind die positiven und allenfalls negativen Auswirkungen?

P. D.: Die Justizreform hatte mindestens für einen Teil der Angestellten negative Auswirkungen. Diese betreffen die neue Lohnstruktur, aber auch unüberschaubare Pflichtenhefte oder generell geänderte Aufgabenbereiche. Weiter erfolgte für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Wechsel des Arbeitsortes, denn die ehemals dreizehn Gerichtskreise wurden mit der Reform in vier Regionalgerichte zusammengefasst. Nach meiner persönlichen Einschätzung hat sich die Effizienz durch die Zentralisierung aber nicht verbessert, im Gegenteil. Die neue Lohnstruktur ist in meinen Augen ebenfalls unbefriedigend. Jeder Mitarbeiter erhält entsprechend seinem Aufgabenbereich sogenannte Module: je mehr Module, desto höher der Lohn. Jedoch stehen einer Organisationseinheit oft gar nicht genügend Module zur Verfügung, um alle Aufgaben, die ihre Mitarbeiter erfüllen, auch abzudecken. Das sorgt für Unmut in den eigenen Reihen und birgt vor allem das Risiko, dass die Mitarbeitenden intern gegeneinander ausgespielt werden können.

B. S.: Ich pflichte Pascal bei. Aufstiegschancen werden insbesondere für jüngere Mitarbeitende so verbaut. Etliche von uns haben sich schon seinerzeit in personalpolitischen Stellungnahmen gegen dieses Modulsystem ausgesprochen. Die Reform mag für den Kanton insgesamt positive Auswirkungen haben, für die Bürgerinnen und Bürger sicher nicht (Distanzen, «Unpersönlichkeit» wird verstärkt). Und für die Angestellten? Schlussendlich sind grosse Einheiten immer weniger attraktiv als kleine, es fehlt die motivierende Vielfältigkeit.

A. A.: Mich persönlich hat die Justizreform II – abgesehen vom Standortwechsel – nicht gross betroffen. Ich war zu dieser Zeit noch in Ausbildung.

Richterinnen und Richter haben dieses Jahr einen automatischen Aufstieg von je drei Gehaltsstufen

erhalten. Konnten die anderen Angestellten im gleichen Sinne profitieren?

P. D.: Wir haben keinen Überblick darüber. Ich denke aber, dass die meisten von uns schon glücklich wären, wenn sie jedes Jahr regelmässig mit zwei Stufen rechnen könnten...

B. S.: Automatische Aufstiege sind nicht das, was ich lohnpolitisch anstrebe. Der Arbeitgeber muss aber genügend «Manövrierermasse» haben, um sein Personal leistungsgerecht entlohnen zu können. Wo bleibt die Motivation zu Sonderleistungen, zur Übernahme neuer Aufgaben, zur Leistung von Überzeit, wenn es Ende Jahr so oder anders Gehaltsstufen gibt oder wenn es so oder anders eben keine gibt?

Agnesa, Du bist mit 22 Jahren das wohl jüngste Vorstandsmitglied des BSPV. Weshalb sollten sich vermehrt auch junge Kantonsangestellte im Verband engagieren?

A. A.: Man sagt ja so schön, dass die Zukunft die Zukunft ist. Wir haben nun die Gelegenheit etwas zu ändern. Ich hoffe, es werden sich mehr junge Leute für unsere Sektion interessieren und sich auch engagieren.

P. D.: Obwohl ein Stellenwechsel bei den jungen Leuten beinahe an der Tagesordnung ist, finde ich es wichtig, dass sie sich für ihre Zukunft engagieren. In einer Sektion wird man gehört und die Anliegen können dadurch direkter eingebracht werden. Und gleichzeitig kann ein Mitglied auch kostenlos die Rechtsberatung und den Rechtsschutz des BSPV in Anspruch nehmen. Denn viele wissen nicht, dass sie am Arbeitsplatz Rechte haben.

Barbara, Du bist seit langen Jahren Kantonsangestellte und schon 31

Jahre BSPV-Mitglied. Wie erlebst Du den Kanton Bern als Arbeitgeber?

B. S.: Die typischen Beamten gibt es je länger je weniger. Die Gangart ist auch beim Kanton anders geworden. Beides begrüsse ich. Will der Kanton aber als Arbeitgeber attraktiv bleiben, wird er sich künftig sehr anstrengen müssen. Sollte (was wir doch alle hoffen) die Wirtschaft wieder mal kräftig anziehen, wird der Kantons insbesondere Kaderleute verlieren. Ich habe immer wieder erlebt, dass erfolgreiches Personal von der Privatwirtschaft ebenso erfolgreich abgeworben worden ist.

Wie wird die neue Sektion ihre Anliegen im BSPV einbringen?

P. D.: Primär über den Geschäftsführer. Wir haben einen guten Kontakt und ich bin sehr zufrieden, wie er uns unterstützt.

B. S.: Wir werden die Wünsche und Anliegen der Mitglieder der neuen Sektion mittels konkreter Anträge über die Geschäftsstelle des BSPV einbringen. Ich persönlich bedaure sehr, dass Matthias Burkhalter Ende Jahr als Geschäftsführer aufhört, er hat uns bisher sehr motiviert und unterstützt. Unsere Hoffnung setzen wir aber auch in die Präsidentin des BSPV, die unsere Anliegen als Richterin und als eine

«Viele wissen nicht, dass sie am Arbeitsplatz Rechte haben.»

Pascal Dietrich

von der Front verstehen und unterstützen wird. An dieser Stelle: Mir ist sehr wichtig, dass wir nicht als Sektion der «Büroleute» verstanden werden. Wir haben bereits beim Bekanntmachen der neuen Sektion darauf Wert gelegt, dass auch Personal ohne Mail-Zugang erreicht wird und eine persönliche, direkte Zustellung der Werbeunterlagen erwirkt. Wir hoffen denn auch zusätzlich auf Mitglieder aus technischen und handwerklichen Bereichen wie Hausdienst, Kurierdienste, Reinigungspersonal. Diese Sektion ist eine einmalige Chance für alles nichtjuristische Justizpersonal!